



Handwerksbrief 1/2017

Auch das Handwerk hat am 7. Mai die Wahl: Wer vertritt unsere Interessen?



Fördeblick garantiert: das Landeshaus in Kiel, Ziel der Parteien und Kandidaten bei der Landtagswahl am 7. Mai.

Am 7. Mai soll Schleswig-Holstein einen neuen Landtag wählen. Geht es für die Küstenkoalition um Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) weiter? Oder kann sein Herausforderer Daniel Günther (CDU) eine neue Landesregierung bilden? Wir haben den Spitzenkandidaten wichtige handwerkspolitische Fragen gestellt.

Es dürfte ein spannender Wahlabend werden am 7. Mai: Wer hat am Ende die Nase vorn, wer feiert, wer trauert? Auch wir vom Handwerk sehen der Wahl mit Spannung entgegen, denn je nach Ausgangslage werden unsere Interessen im neuen Landtag mehr oder eben auch weniger repräsentiert.

Um herauszufinden, wie die Spitzenkandidaten zu unseren Themen stehen, haben wir ihnen fünf wichtige Fragen gestellt. Die Antworten dazu finden Sie im Innenteil dieses Handwerksbriefes. Zu unseren Kernforderungen und Wünschen an die zukünftige Landesregierung zählen Themen aus allen Bereichen. Eine moderne Bildungspolitik, die nicht nur auf das Abitur

setzt, ein uneingeschränktes „Ja zum Meister“ und die adäquate Qualifizierung der Fachkräfte von morgen stehen ganz oben auf der Agenda. Seit langem treten wir für einen Abbau von Bürokratie ein, insbesondere bei öffentlichen Ausschreibungen und beim Reizthema Mindestlohn. Dies sind Maßnahmen, die auf Landesebene eben auch konkret und real steuerbar sind. Die Digitalisierung und der Ausbau der Infrastruktur liegen uns sehr am Herzen, vor allem mit Blick auf aktuell marode Straßen und ein momentan unzureichend ausgebautes Glasfasernetz für schnelles Internet. Aber machen Sie sich selbst ein Bild, wer Ihre Interessen am besten vertreten kann. Und: Gehen Sie zur Wahl. So oder so.

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,



der Endspurt im Landtagswahlkampf steht an, das haben wir schon auf unserem Parlamentarischen Abend bemerkt. Dieser und unsere Wahlprüfsteine, die wir den Landtagsparteien geschickt haben, beherrschen somit diese Ausgabe unseres Handwerksbriefes.

Zu wem auch immer Sie tendieren, wer Ihnen sympathischer erscheint, wer Sie mit Programmpunkten zu überzeugen vermag oder wem Sie am ehesten zutrauen, Lösungen für die heutige Gesellschaft zu entwickeln, bedenken Sie bitte eines: In einer Demokratie zu leben, ist keine Selbstverständlichkeit. Wir erfahren dies täglich in den Nachrichten aus aller Welt. Ich denke dann immer: Wir haben es in Deutschland, in Schleswig-Holstein, doch ziemlich gut, oder etwa nicht? Das hat viele Gründe, und einer liegt in meinen Augen in unserer Demokratie. Politikverdrossenheit hin oder her, ja, manchmal nachvollziehbar, aber mal ehrlich: Würden Sie in einem Land leben wollen, das die Demokratie mit Füßen tritt? In dem Richter oder Journalisten eingesperrt werden? Eine funktionierende Demokratie ist meines Erachtens die absolute Grundlage für eine funktionierende Marktwirtschaft und damit – in unserem Falle – auch für Wohlstand.

Deswegen mein große Bitte an Sie: Gehen Sie zur Wahl. Nehmen Sie Ihr Wahlrecht verantwortungsvoll wahr. So oder so. Das ist gelebte Demokratie. Und es legitimiert Sie zumindest, nach der Wahl kritisch sein zu dürfen.

Ihr

T. Freiberg

Thorsten Freiberg
Präsident Handwerk
Schleswig-Holstein e.V.

Aller guten Dinge sind drei: Förderverein vergibt Meisterstipendien



Der stellvertretende VFH-Vorsitzende Jan-Nikolas Sonntag (li.) und Vorsitzender Hans Christian Langner (re.) gratulieren Bennet Zierke (2. v. li.) und Torben Berchim.

Zum dritten Mal in Folge hat der Verein zur Förderung des Schleswig-Holsteinischen Handwerks sein Meisterstipendium vergeben. In diesem Jahr geht es an Bennet Zierke aus Süderende und an Torben Berchim aus Hohwacht. Vorsitzender Hans Christian Langner lobte die jungen Handwerker und gab ihnen mit diesem Stipendium einen wichtigen finanziellen Baustein für eine erfolgreiche Meisterausbildung an die Hand.

Der Verein wurde im Jahr 2003 von engagierten Handwerksmeistern und Freunden des Handwerks gegründet. Sein Ziel ist es insbesondere, das Handwerk in Schleswig-Holstein zu fördern. Im Mittelpunkt steht dabei die berufliche Aus- und Fortbildung von talentierten Junghandwerkerinnen und -handwerkern. Darüber hinaus hilft der Verein auch dann, wenn kurzfristige und spontane Hilfe von Nöten ist. Langner: „Wir bekennen uns auch damit zu unserer gesellschaftlichen Verantwortung.“ Bennet Zierke hat bei Malermeister Brodersen in Alkersum auf Föhr das Malerhandwerk erlernt und im August 2013 erfolgreich seine Gesellenprüfung abgelegt. Sein Ziel: der

Meisterbrief und anschließend der Schritt in die Selbstständigkeit. Langner: „Darüber freuen wir uns sehr, denn nur so hat Handwerk Zukunft, wenn junge Menschen sich entscheiden, über das normale Maß hinaus Verantwortung für sich, ihren Beruf und zukünftig auch für ihre Mitarbeiter zu übernehmen.“

Dachdeckergeresse Torben Berchim hat seine Ausbildung bei der Werner Paustian GmbH in Kiel absolviert und diese im vergangenen Jahr mit sehr guten Noten abgeschlossen. Im

Leistungswettbewerb des Dachdeckerhandwerks errang er im vergangenen Jahr den Bundessieg, war zuvor bereits Innungsbesten und Landessieger in seinem Gewerk. Auch er strebt nun die Meisterprüfung an und möchte sich nach seiner anstehenden Meisterausbildung selbstständig machen. Langner zusammenfassend: „Wir alle wissen aus Erfahrung, dass die Meisterausbildung eine erhebliche finanzielle Belastung ist. Mit dem Stipendium durch unseren Förderverein können wir diese Belastung zumindest etwas abfedern.“



Partner des Handwerks:



Herausgeber:

Handwerk Schleswig-Holstein e.V. • Vereinigung der Fachverbände und Kreishandwerkerschaften

Glöbenstraße 9 • 24114 Kiel • Fon 0431.98179-0 • Fax -22 • info@handwerk.sh • www.handwerk.sh

Gestaltung und Redaktion: www.joc-marketing.de, Heide

Appell des deutschen Handwerks zeigt Wirkung

Ist das der nächste Angriff der EU-Kommission auf den Meisterbrief? Mit dieser Frage beschäftigt sich das Handwerk, seit die EU-Kommission am 10. Januar ihr sogenanntes Dienstleistungspaket, in dem auch Vorschläge zur Überprüfung der Verhältnismäßigkeit von Berufsreglementierungen enthalten sind, vorgelegt hat. In einer Resolution appelliert das deutsche Handwerk daher an die EU-Kommission, die Vorteile eines qualifikationsgebundenen Berufszugangs (Meisterbrief) endgültig anzuerkennen und diesen nicht fortwährend als Wettbewerbshindernis zu diskreditieren. Bundestag und Bundesrat haben nun

Meisterbrief, Ausbildungsniveau und Qualität europaweit schützen

erfreulicherweise reagiert und „Subsidiaritätsrügen“ zum aktuellen Dienstleistungspaket der Europäischen Kommission erhoben. Hierzu erklärt der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Holger Schwannecke: „Das ist ein starkes politisches Zeichen und ein nachdrückliches Bekenntnis zum beruflichen Bildungssystem und seinen tragenden Säulen. Bildungspolitik muss Sache der Mitgliedstaaten bleiben.“ Tim Brockmann ergänzt: „Das geht schon mal in die richtige Richtung. Wir erwarten nun, dass die Europäische Kommission das klare Votum von Bundestag und Bundesrat respektiert.“ Grundsätzlich sei man für den europäischen Gedanken, jedoch dürfe sich der Anspruch an Qualität und Ausbildung nicht an den Schwächsten in der EU orientieren.

Gut besuchter Parlamentarischer Abend im Zeichen der Wahl



Neben Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD, Foto links, im Dialog mit Dr. Aloys Altmann) waren auch Ministerin Monika Heinold (Grüne), CDU-Spitzenkandidat Daniel Günther (Foto Mitte), Europaabgeordneter Reimer Böge und weitere Gäste nach Kiel gekommen.



Auf unserem Parlamentarischen Abend hat Präsident Thorsten Freiberg die anwesenden Landtagsabgeordneten und Minister aufgefordert, von der Einführung eines weiteren Feiertags in Schleswig-Holstein Abstand zu nehmen.

Freiberg zitierte dabei unter anderem Ludwig Erhard, der 1962 gesagt hatte: „Wir können nicht doppelt soviel verdienen, wie wir an Werten schaffen.“ Obwohl Auftragslage und Stimmung im Handwerk aktuell so gut seien wie selten, sind es laut Freiberg genau derlei Forderungen, die den Betrieben das Leben schwer machen. Er mahnte die Abgeordneten, sich den

neuen Plänen der EU zur Abschaffung des Meisterprivilegs zu widersetzen, Bürokratie abzubauen, das Durcheinander mit drei unterschiedlichen Mindestlöhnen zu beenden, die erforderlichen Investitionen in die Infrastruktur vorzunehmen, die A20 und die Fehmarnbeltquerung professionell abzuarbeiten, die digitale Infrastruktur auf Vordermann zu bringen sowie neue Belastungen für Handwerksbetriebe zu vermeiden. Freiberg: „Alles, was die Politik verteilen will, muss von den Unternehmen erst einmal erarbeitet werden – ein zusätzlicher Feiertag hilft da nicht weiter.“ Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) betonte die Wertschätzung für das Hand-

werk: „Es gibt nichts Verlässlicheres als das Handwerk!“ Meyer plädierte dafür, den Automatismus „von der Schule an die Hochschule“ zu durchbrechen, um mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung – gern im Handwerk – zu begeistern. Daniel Günther versprach für den Fall eines CDU-Wahlsieges weniger Bürokratie, einen einheitlichen Mindestlohn, Investitionen in die Infrastruktur („Wir werden Schäden nicht nur dokumentieren, sondern beheben!“) sowie eine zukunftsfähige Bildungspolitik. „Abi für alle kann nicht der richtige Weg sein – wir brauchen verschiedene Abschlüsse, sonst wird es irgendwann keine Lehrlinge mehr geben!“, so Daniel Günther.

Von „zu viel Papierkram“ und einem komplexen Gesetz

Kurze Vorträge bildeten beim Parlamentarischen Abend zum einen einen Einblick hinter die Kulissen der Gesundheitshandwerke und der Fleischer, zum anderen Ansatzpunkte für einen interessanten Austausch im Nachhinein.

Für den Fleischer-Verband Schleswig-Holstein legte Geschäftsführer Dr. Joachim Drescher (Foto links) dar, wie ausufernde Vorschriften und Bürokratie den Fleischern das Leben schwer machen, ja sie teilweise sogar in ihrer Existenz bedrohen. Überwachungen, Dokumentationen, Kontrollen, Bekämpfungen, Deklarationen und vieles mehr nehmen mittlerweile einen Großteil des Fleischer-Alltags ein. „Wer junge Fleischer fragt, ob sie sich selbstständig machen wollen, hört meistens ein ablehnendes Nein. Warum? Weil ihnen – zu Recht – der













Papierkram zu viel ist und sie ihrem eigentlichen Handwerk fast gar nicht mehr nachgehen können“, so Dr. Drescher. „Unsere Branche fühlt sich kriminalisiert und spürt Misstrauen. Komisch ist: Der Kunde vertraut uns, die Behörden nicht.“

Mit dem neuen Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz setzte sich Matthias Bauche (Foto rechts), Obermeister der Innung für Orthopädietechnik Nord auseinander. Er kam zu dem Ergebnis, dass das neue Gesetz zwar recht komplex ist, insgesamt aber den Qualitätsgedanken wieder fördert. Bauche begrüßte insbesondere die deutliche Positionierung des Gesetzgebers bezüglich der Ausschreibungen individuell angepasster Hilfsmittel. Einer Ausschreibung von individuell gefertigten Hilfs-

mitteln oder solchen mit hohem Dienstleistungsanteil bei der Anpassung ist nun endlich ein klarer Riegel vorgeschoben. Betriebe müssen nicht mehr um ihren Marktzugang bangen, und den Preiskämpfen zu Lasten der Patienten ist ein Ende gesetzt. Positiv wertete Bauche auch die Implementierung von Qualitätskriterien bei Ausschreibungen, die keine individuelle Anpassung des Hilfsmittels an den Patienten erfordern. Auch hier ist der Preis nicht mehr das Maß aller Dinge und die Qualität als Entscheidungskriterium in den Versorgungsprozess zurückgekehrt.



Fünf Fragen zur Landtagswahl

  <p>CDU-Spitzenkandidat Daniel Günther www.daniel-guenther-cdu.de</p>	  <p>SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig www.torsten-albig.de</p>	  <p>GRÜNEN-Spitzenkandidatin Monika Heinold www.monika-heinold.de</p>	  <p>FDP-Spitzenkandidat Wolfgang Kubicki www.fdp-sh.de</p>	  <p>PIRATEN-Spitzenkandidat Dr. Patrick Breyer www.piratenpartei-sh.de</p>	  <p>SSW-Spitzenkandidat Lars Harms www.lars-harms.de</p>	
<p>Immer mehr Schüler in Schleswig-Holstein machen Abitur und wollen studieren. Was werden Sie unternehmen, damit die duale Ausbildung attraktiv bleibt und einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten kann?</p>	<p>Wir bekennen uns zur dualen Ausbildung und werden sie mit dem Studium in der Berufsberatung gleichrangig behandeln. Wir werden die Jugendberufsagenturen ausbauen sowie parallel regionale Netzwerke zwischen Schulen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitsagentur und Hochschulen einrichten, um die regionalen Bedarfe bestmöglich aufeinander abzustimmen. Die bestehenden Förderprojekte wie die ÜLU, die regionalen Ausbildungsbetreuer und die regionale Fachberatung Schule – Betrieb werden aufrechterhalten.</p>	<p>Unser Ziel ist die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Dafür arbeiten wir an einer guten Durchlässigkeit und gegenseitiger Anrechenbarkeit. Um die berufliche Bildung zu stärken, werden wir vor allem die Ausbildungsbedingungen verbessern. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene für eine Mindestausbildungsvergütung ein. In Schleswig-Holstein sorgen wir für ein landesweites, bezahlbares Azubi-Ticket.</p>	<p>Das Handwerk ist für uns ein wichtiger Partner bei der Ausbildung von Fachkräften. Die duale Ausbildung ist ein bewährtes Vorbild in Europa. Wir wollen Projekte, wie „Mehr Land in Sicht“, „Passgenaue Besetzung“ u.a. als Antwort auf die Probleme für Handwerksbetriebe fortführen. Jugendberufsagenturen begleiten die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Wir werden das Konzept auch in der kommenden Wahlperiode weiter verfolgen.</p>	<p>Die duale Ausbildung genießt international eine sehr hohe Anerkennung und ist das Fundament für die Fachkräftegewinnung unseres Mittelstands. Schleswig-Holstein ist ein absolutes Mittelstandsland, deshalb werden wir die duale Ausbildung weiter stärken, die Wertigkeit der dualen gegenüber der universitären immer wieder öffentlich herausstellen und ihre Rahmenbedingungen auch finanziell attraktiver gestalten. Hierzu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Berufsschulpflichtige Schülerinnen und Schüler, die ... 	<p>Ein Ausbau der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein ist dringend notwendig. Das sieht man an den Zahlen: Im Ausbildungsjahr 2015/2016 lag die Zahl der unterschriebenen Ausbildungsverträge bei 19.974. Das sind laut Land 225 (-1,1 Prozent) weniger im Vergleich zum Vorjahr. Aus diesem Grund haben wir PIRATEN die Debatte um die Errichtung eines Schleswig-Holsteinischen Institutes für berufliche Bildung (SHIBB) mitgetragen und uns für die Gründung eines solchen Institutes mit einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen im Landtag ...</p>	<p>Erst einmal ist es gut, wenn immer mehr Schülerinnen und Schüler den für sie bestmöglichen Schulabschluss machen können. Das ist ein Beleg dafür, dass das Bildungssystem funktioniert, durchlässig wird und mehr jungen Menschen damit die Chance eröffnet wird, den Abschluss anzustreben, den man erreichen will. Gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler sind ein klarer Vorteil, auch wenn es darum geht, junge Menschen zu qualifizierten Fachkräften auszubilden. Die Leistungen des Handwerks bezüglich der Ausbildung sind hier als vorbildlich hervorzuheben. ...</p>
<p>In Schleswig-Holstein gibt es drei verschiedene gesetzliche Mindestlöhne. Halten Sie dieses für sinnvoll und werden Sie Änderungen vornehmen?</p>	<p>Drei gültige Mindestlöhne in einem Bundesland haben nicht zur Stärkung der regionalen schleswig-holsteinischen Wirtschaft beigetragen, sondern unnötige Bürokratie geschaffen. Die Bezahlung der allermeisten Betriebe liegt über dem höchsten Landesmindestlohn. Daher gibt es durch die aktuelle Regelung für die Einkommen der Mitarbeiter keine Verbesserungen. Wegen des geltenden Bundesmindestlohns werden wir den Landesmindestlohn aufheben und uns für Erleichterungen bei den Anforderungen zum gesetzlichen Mindestlohn einsetzen.</p>	<p>Mittelfristig wird es nur noch zwei Mindestlöhne geben. Den Mindestlohn im Rahmen des Tariftreue- und Vergabegesetz, aktuell 9,99 Euro, werden wir fest an die unterste Tarifgruppe des öffentlichen Dienstes koppeln. So verhindern wir Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen. Der Landesmindestlohn verbleibt bei 9,18 Euro und wird so in den bundesweit gültigen gesetzlichen Mindestlohn aufgehen.</p>	<p>Der vergabespezifische Mindestlohn von ursprünglich 9,18 Euro und jetzt 9,99 Euro hat weder die Wettbewerbsstruktur verschlechtert noch die Zahl öffentlicher Aufträge verringert. Die Bindung an die TVöD halten wir daher weiter für sinnvoll. Die Entlastung der sozialen Sicherungssysteme sehen wir weiterhin als wichtiges Ziel an. Politisch offen ist für uns, ob ein eigener Landesmindestlohn von 9,18 Euro weiterhin nötig ist, da sich der Bundesmindestlohn in absehbarer Zeit dem Landesmindestlohn annähert.</p>	<p>Die Regelung zum Landesmindestlohn ist aus unserer Sicht eine unnötige, den Unternehmen aufgebürdete Last. Die zusätzliche Verpflichtung schleswig-holsteinischer Unternehmen durch den Landesmindestlohn bedeutet zudem einen Wettbewerbsnachteil insbesondere für kleine und mittlere Betriebe und ist sozialpolitisch durch den bestehenden Bundesmindestlohn kaum zu rechtfertigen. Dementsprechend machen wir uns für eine Streichung dieses Regelung stark. Grundsätzlich haben wir weiterhin Bedenken am Modell des starren gesetzlichen Mindestlohns ...</p>	<p>Eine Differenzierung ist sicher nicht sinnvoll, da sie zu Verwirrung beitragen kann. Besser ist ein bundesweit einheitlicher Mindestlohn ohne jegliche Ausnahme, der ein Einkommen garantiert, das bei dauerhaftem Bezug vor Altersarmut schützt. Dieses ist jährlich neu anhand der Teuerungsrate zu berechnen. Das Ziel von uns PIRATEN ist es, dass jeder von seiner Arbeit auskömmlich und ohne Angst vor Armut oder späterer Altersarmut leben kann. Wir stehen zu dem aus dem Grundgesetz abgeleiteten, bestehenden Recht eines jeden auf sichere Existenz und gesellschaftliche ...</p>	<p>Die Ausweitung des Niedriglohnssektors oder auch die steigende Zahl der Zeit- und Leiharbeit hat sich in Deutschland rasant entwickelt. Mit der Folge, dass die gezahlten Löhne in diesen Bereichen häufig nicht ausreichen, um die Existenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sichern. Diesen Menschen blieb – trotz Vollbeschäftigung – nichts anderes übrig, als ihr Gehalt durch Arbeitslosengeld II auf das Niveau der Grundsicherung aufzustocken. Die Tarifpartner konnten sich über Jahre hinweg nicht einigen und die Fronten verhärten. Diese Situation war für ...</p>
<p>In den vergangenen Jahren konnte sich das Land über sprudelnde Steuereinnahmen freuen. Die Investitionsquote jedoch ist stetig gesunken und der Schuldenberg wurde nur minimal reduziert. Wie soll Ihrer Meinung nach eine zukunftsorientierte Finanzpolitik aussehen?</p>	<p>Wir werden unsere Finanzplanung an der langfristigen Einnahmementwicklung ausrichten und kurzfristige Effekte nicht für Mehrausgaben nutzen. Die Investitionsquote ist unter Rot-Grün-Blau auf ein historisches Tief gesunken. Wir werden die Investitionsausgaben schrittweise um bis zu 200 Millionen Euro jährlich erhöhen und Haushaltsüberschüsse für einen Abbau des Sanierungsstaus verwenden. Wir werden einen Tilgungsplan aufstellen, um Spielräume für Investitionen zu schaffen.</p>	<p>Wir sind die erste Landesregierung seit Jahrzehnten, die wirklich Schulden zurückgezahlt hat. Auch künftig machen wir eine Finanzpolitik mit Augenmaß. Dazu gehört, neben der Reduzierung der Schulden, dass wir weiter in Bildung, Familien und Infrastruktur investieren. Außerdem setzen wir uns für zusätzliche Einnahmen durch die Besteuerung von Finanzspekulationen und die stärkere Verfolgung von Steuerkriminalität ein.</p>	<p>Wir GRÜNE setzen in der Finanzpolitik darauf, unsere Infrastruktur energetisch zu sanieren, in Bildung zu investieren und Schulden abzubauen. Mit einer grünen Finanzministerin sind 2000 Lehrstellen mehr an unseren Schulen geblieben, als CDU und FDP geplant haben; unsere Hochschulen wurden besser ausgestattet und wir haben in den Kita-Ausbau investiert. Mit dem Infrastrukturbericht haben wir den fast 5 Mrd. Euro schweren Sanierungsstau im Land transparent gemacht und einen Sanierungsplan für die kommenden 12 Jahre vorgelegt. Gleichzeitig haben ...</p>	<p>Ziel einer ausgewogenen Finanzpolitik muss es sein, nach Umsetzung der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020 auch einen Einstieg in die regelmäßige Tilgung der Schulden zu finden. Zugleich müssen aber auch Investitionen so getätigt werden, dass keine Substanzverluste entstehen, welche dann in folgenden Jahren wieder aufwändig ausgeglichen werden müssen. Die richtige Mischung aus Konsolidierung und Investition in die Köpfe und die Infrastruktur des Landes ist daher Markenzeichen liberaler Finanzpolitik. Wir werden das Neuverschuldungsverbot in der ...</p>	<p>Eine zukunftsorientierte Finanzpolitik muss aus unserer Sicht zwei Komponenten beinhalten. Zum einen muss der Schuldenberg von ca. 27 Mrd. Euro des Landes weiter reduziert werden. Schuldenabbau ist Vorsorge für spätere Generationen, damit die Handlungsfähigkeit von zukünftigen Regierungen und der Landespolitik erhalten bleibt. Allerdings ist auch die Infrastruktur des Landes unser aller Gut. Dieses müssen wir schützen und erhalten, denn bereits in Art. 14 Grundgesetz heißt es: „Eigentum verpflichtet“. Deshalb sind Investitionen in die Infrastruktur auch ...</p>	<p>Mit der Verankerung der so genannten „Schuldenbremse“ in der Landesverfassung hat der Landtag mit breiter Mehrheit – auch mit den Stimmen des SSW – beschlossen, den jährlichen Fehlbetrag im Haushalt bis 2020 auf Null zu reduzieren. Erst danach wird es möglich sein, die bis dahin aufgelaufenen Schulden von rund 27 Milliarden Euro abzubauen. Damit dieses überhaupt gelingen kann, müssen wir sowohl die Einnahmen des Landes erhöhen als auch die Ausgaben reduzieren. Wir wollen den Abbau der Neuverschuldung weiter voranbringen, so dass die ...</p>
<p>Im Jahr 2016 wurde das kommunale Wirtschaftsrecht zugunsten der Stadtwerke geändert. Seitdem dringen Stadtwerke vermehrt in den angestammten Bereich des Handwerks ein und kaufen sogar Handwerksbetriebe auf. Was wollen Sie tun, um Wettbewerbsgleichheit zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Unternehmen wiederherzustellen?</p>	<p>Das geltende kommunale Wirtschaftsrecht stellt aus Sicht der CDU den Einstieg in den Ausstieg des Vorranges der privaten Leistungserbringung dar. Das kommunale Wirtschaftsrecht muss so reformiert werden, dass mittelständische Anbieter nicht vom Markt verdrängt werden. Wir wollen klare und faire Wettbewerbsregeln. Hierzu gehört z.B. auch die Wiederaufnahme einer Subsidiaritätsklausel, weil so mittelständische Unternehmen vor zu weitreichender Betätigung kommunaler Unternehmen geschützt werden können.</p>	<p>Breitbandausbau und Energieversorgung sind wichtige Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge. Durch die stärkere Öffnung dieser Bereiche für kommunale Unternehmen ermöglichen wir, dass diese Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge auch künftig angemessen erfüllt werden können. Das stellt keine Bevorzugung der kommunalen Unternehmen dar, sondern schafft erst die Grundlage für Wettbewerb.</p>	<p>Uns liegen keine systematisch erhobenen Daten diesbezüglich vor. Energiewende schafft Arbeit. Durch die Belegung der kommunalen Energiepolitik wird grundsätzlich Nachfrage, insbesondere auch im Handwerksbereich, ausgelöst. Die konkrete Ausgestaltung ist Sache der kommunalen Entscheidungsträger, in die sich das Land nach Art. 28 GG nicht einmischte.</p>	<p>Wir glauben nicht, dass der Staat der bessere Unternehmer ist und wollen, dass die öffentliche Hand sich über Kernbereiche der sogenannten öffentlichen Daseinsvorsorge hinaus weitestgehend heraushält. Der Trend ist leider ein anderer: Seit etwa 10 Jahren entfalten Städte und Gemeinden insbesondere in den Bereichen der Energieversorgung, der Abfallentsorgung und der Wasserwirtschaft, aber auch in zahlreichen weiteren Branchen, die über den Kernbereich der sogenannten Daseinsvorsorge weit hinausreichen, wieder zunehmend wirtschaftliche Aktivitäten. Zudem ...</p>	<p>Die Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts haben wir PIRATEN bei der Abstimmung im Landtag abgelehnt. Wir setzen uns generell für Transparenz und Wettbewerbsgleichheit ein. Wir lehnen alle marktverzerrenden Einflüsse, wie das geänderte kommunale Wirtschaftsrecht, oder unnötige Subventionen, wie die einzelbetriebliche Förderung, ab.</p>	<p>Hauptaufgabe der Kommunen ist die kommunale Daseinsvorsorge. Bei der Änderung des Kommunalwirtschaftsrechts ging es zum einen um den flächendeckenden Ausbau von Breitband. Breitband zählt heute zur Daseinsvorsorge und es ist eine Voraussetzung dafür, dass Unternehmen vor Ort bleiben oder sich neu ansiedeln. Damit ist es auch eine Grundlage dafür, dass Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Zum anderen geht es um die Möglichkeit der kommunalen Beteiligung in der Energieversorgung. Damit ermöglichen wir den Kommunen neue ...</p>
<p>Der Bericht zum Zustand der Landesstraßen weist einen Investitionsstau von rund 1 Mrd. Euro aus, zudem ist der Zustand vieler kommunaler Straßen schlecht und der Neubau der A20 kommt nur im Schnecken tempo voran. Welche Impulse werden Sie in den nächsten fünf Jahren zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur setzen?</p>	<p>Nur mit einem intakten Straßennetz wird der mittelständisch geprägte Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein wieder an Attraktivität gewinnen. Wir werden für alle Abschnitte der A20 inkl. westl. Elbquerung und für die Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung Baureife schaffen. Wir werden alle im Bundesverkehrswegeplan 2030 benannten Infrastrukturprojekte konsequent durchplanen. Wir werden jährlich mind. 90 Mio. Euro für den Abbau des Sanierungsstaus bei den Landesstraßen bereitstellen.</p>	<p>Zentrale Projekte sind die feste Fehmarnbelt-Querung mit Hinterlandanbindung, der Weiterbau der A20 einschl. Elbquerung, der weitere Ausbau der B5 und A21 sowie der Ersatz für die Rader Hochbrücke. Dabei gilt: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Außerdem haben wir die jährlichen Mittel für die Sanierung von Landesstraßen seit 2012 verdreifacht. Bis 2030 werden wir so alle Landesstraßen saniert haben. Auch die Kommunen werden bei der Verbesserung ihrer Straßen unterstützt.</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Sanierung vor Neubau: Hier investieren wir 2017 mit 50 Mio. Euro Rekordsummen. 2. Gründlichkeit vor Schnelligkeit, sonst scheitern Pläne wie die A20 der CDU vor Gericht. 3. Bundesautobahngesellschaft: Plänen, Zahlen, Bauen und Betreiben aus einer Hand 4. Unseren Schienenfonds MOIN.SH wollen wir weiterentwickeln, damit auch Kreditfinanzierungen oder PPP-Projekte finanziert werden können. Wir haben mit ... 	<p>Das Vorhalten einer exzellenten Verkehrsinfrastruktur ist aus Sicht der Freien Demokraten wie das Vorhalten bester Bildungsangebote für alle oder die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit eine staatliche Kernaufgabe, die bei den staatlichen Ausgaben wieder einen entsprechend klaren Schwerpunkt darstellen muss. Hierbei darf der für uns unbestritten notwendige Umweltschutz nicht vernachlässigt werden. Dieser darf aber auch nicht zu einer Verhinderung von notwendiger und politisch gewollter ...</p>	<p>Wie bereits in der Antwort zu Frage 3 dargestellt, haben wir den Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur mit Schrecken zur Kenntnis genommen. Um diesen Stau aufzulösen, benötigen wir in den kommenden Jahren mehr Investitionen im gesamten Infrastrukturbereich, auch beim Verkehr. Wir verfolgen dabei den Grundsatz „Erhalt vor Neubau“, um unsere bestehenden Straßen besser in Schuss zu halten. Für die kommunalen Straßen hat sich, wie bei den Landesstraßen, ein erheblicher ...</p>	<p>Richtig ist, die ermittelten Bedarfe sind groß. Und in der Tat ist es so, dass sich die A20 durch die schlechte Planung und Umsetzung unserer Vorgängerregierung verzögert hat. Die A20 ist aber das wichtigste Infrastrukturprojekt im Land und muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Dabei geht es insbesondere darum, jetzt sauber zu planen und eben keine Fehler in der Planung mehr zuzulassen. Für uns ist klar dass dann jedes planfestgestellte Teilstück der A20 auch umgehend gebaut werden muss. Die ..</p>

Wir haben die im Landtag vertretenen Parteien – hier sortiert nach dem Ergebnis der Landtagswahl 2012 – um Antworten auf unsere Fragen gebeten. Dabei haben wir ihnen den zur Verfügung stehenden Platz genannt. Leider haben einige Parteien Antworten geschickt, die deutlich über den zur Verfügung stehenden Platz hinausgehen. Um durch mögliches eigenständiges Kürzen der Antworten keine Aussagen zu verfälschen, enden zu lang gefasste Antworten eben dort, wo unser Platz endet. Wer mag, kann bei Interesse die vollständigen Antworten auf unserer Internetseite www.handwerk.sh nachlesen.